

# Verkleinerung von Braunkohletagebauen nötig

Stand: 07/2017

## Tagebauplanungen unvereinbar mit Klimaschutz

Der Energiewende zum Trotz planen die Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen die Erweiterung von fünf Braunkohletagebauen. Dabei zeigt eine Reihe von wissenschaftlichen Analysen, dass bei Beachtung der deutschen Klimaziele kein einziger davon mehr aufgeschlossen werden darf. Laut Ökoinstitut etwa dürfen fast **60 Prozent** der zum Abbau freigegebenen Braunkohle nicht mehr verstromt werden. Bezogen auf die sogenannten Braunkohlepläne der Länder müssen sogar drei Viertel der Braunkohle unter der Erde bleiben. Die Bundes- und Landesregierungen müssen deshalb schnell handeln,

wenn Dörfer nicht unnötig zerstört und ganze Regionen ihrer Lebensqualität beraubt werden sollen. Es braucht dringend Klarheit über einen Kohleausstieg. Die Planungen für Tagebauerweiterungen müssen gestoppt werden. Und die genehmigten Tagebaue gehören auf den Prüfstand: Sie werden deutlich schrumpfen müssen.

### Das Problem:

Die genehmigten Tagebaue enthalten mehr Braunkohle, als das Klima verträgt.



## Auf einen Blick

Aktuelle Planungen für Tagebauerweiterungen sind mit den Klimazielen nicht vereinbar. Schon von den genehmigten Tagebauen muss ein Großteil der Kohle im Boden bleiben.

Die Tagebauplanungen führen zu Investitionsruinen mit schweren Folgen für Arbeitnehmer, Regionen und Steuerzahler.

Die Planungen zerrütten intakte Dörfer und Wirtschaftsstrukturen. Sie befördern einen sukzessiven Zerfall der Infrastruktur und Gemeinschaft.

## Teure Investitionsruinen drohen

Werden die Tagebaue genehmigt, drohen den Ländern und Tagebaubetreibern teure Investitionsruinen. Sollten die Betreiber bei Kohleausstiegsverhandlungen eine Entschädigung für ihre Investitionen verlangen oder Mittel für die Rekultivierung

von Tagebauen fehlen, trifft dies auch den Steuerzahler. Fehlplanungen bei Tagebauen **gefährden Arbeitsplätze** und die Entwicklung der Region. Je später Maßnahmen zur Regionalentwicklung und Diversifizierung jenseits der Kohle ergriffen werden, desto höher ist die Gefahr, dass es zu Strukturbrüchen kommt und Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten wegfallen.

### Das Problem:

Fehlplanungen bei Tagebauen gefährden Arbeitsplätze und die Entwicklung der Region.



Fotos: birdys und Teka77 / photocase.de

## Tagebaue zerrütten Dörfer und Gemeinschaften

Über 120.000 Menschen mussten für den Braunkohle-tagebau in Deutschland bereits ihre Heimat verlassen. Sogar in Zeiten der Energiewende sollen noch mehrere tausend Menschen enteignet werden. Dies ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte. Die kulturelle Identität und die Dorf- und Familiengemeinschaften werden unwiderruflich beschädigt. Viele sind nach einer Zwangsumsiedlung regelrecht traumatisiert. Bereits mit der Planung des Tagebaus beginnt der **Zerfall**:

Die Jungen ziehen weg, Investitionen in Häuser oder Unternehmen bleiben aus. Die Unsicherheit über die Zukunft spaltet ganze Dörfer. Dies zerstört funktionierende Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den Braunkohlerevieren.

### Das Problem:

Tagebauplanungen machen alle Ansätze zur Strukturentwicklung zunichte.



### NEUE TAGEBAUE IN PLANUNG

	Nochten II (verkleinert)	Welzow-Süd II	Vereinigtes Schleenhain*	Hambach ab 2030	Lützen	Jänschwalde Nord
<b>Betreiber</b>	LEAG	LEAG	MIBRAG	RWE	MIBRAG	LEAG
<b>Bundesland</b>	Sachsen	Brandenburg, Sachsen	Sachsen	Nordrhein-Westfalen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg
<b>Fläche in ha</b>		1.955	260	1.000	2.870	3.185
<b>CO<sub>2</sub> in Mio t</b>	150	200	35	805	236	270
<b>Umsiedlungen</b>	200 Menschen	810 Menschen	80 Menschen	–	930 Menschen	200 Menschen
<b>Planungsstand</b>	Vorbereitung Rahmenbetriebsplan	Rahmenbetriebsplan vertagt auf 2020	Vorbereitung Rahmenbetriebsplan	Braunkohlenplan	LEP Sachsen-Anhalt/Antrag auf Bewilligung	Braunkohlenplanverfahren

\*(Pödelwitz/Obertitz)



## Handlungsempfehlungen

Die Bundesregierung muss sich mit den Landesregierungen dringend auf eine Verkleinerung von Tagebauen verständigen.

Es darf nur so viel Braunkohle abgebaut werden, wie mit deutschen und internationalen Klimaschutzziele vereinbar ist. In der Konsequenz darf kein Tagebau erweitert werden. Die genehmigten Tagebaue müssen sogar verkleinert werden.

Zusätzlich braucht es Planungssicherheit für Unternehmen, Menschen und Regionen. Dazu gehört ein verbindlicher Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung mit umfassender Unterstützung des Strukturwandels.

## Weiterführende Informationen

**AGORA Energiewende (2016):** Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen?

**Ökoinstitut (2015):** Welche Abbaumengen sind energiewirtschaftlich notwendig und klimapolitisch möglich?

**Ökoinstitut & Prognos (2017):** Zukunft Stromsystem. Kohleausstieg 2035: Vom Ziel her denken.

### Herausgeber:

Klima-Allianz Deutschland  
www.klima-allianz.de

### Kontakt:

Stefanie Langkamp, Svenja Künstler  
stefanie.langkamp@klima-allianz.de